

BÜCHER

Eine theoretische Revolution?

Rezensionsartikel über: Horst Feldmann, Eine institutionalistische Revolution? Zur dogmenhistorischen Bedeutung der modernen Institutionenökonomik, Duncker & Humblot, Berlin 1995, 115 Seiten, öS 640,-; Rudolf Richter, Institutionen ökonomisch analysiert, Uni-Taschenbücher UTB 1786, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1994, 81 Seiten, DM 12,80; Rudolf Richter, Eirik Furubotn, Neue Institutionenökonomik, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1996, 555 Seiten.

1. Die Kritik der Neoklassik

Die Kritik an den allzu engen Annahmen der neoklassischen Mikroökonomik blickt zwar auf eine ehrwürdige Tradition zurück, blieb jedoch bis in die jüngste Zeit weitgehend wirkungslos. Der Grund dafür scheint oft in der theoretischen Unzulänglichkeit dieser Kritik zu liegen. Sie vermochte dem hochentwickelten und fruchtbaren analytischen Instrumentarium der Neoklassik nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Solches gelang nur der keynesianischen Makroökonomik; die neoklassische Synthese beherrschte immerhin einige Jahrzehnte die Universitäten. Daneben existierten einige isolierte Enklaven, wie die Arbeiten Schumpeters, die sich zwar hoher Achtung der Nationalökonomien erfreuten, in deren theoretischen Apparat jedoch niemals aufgenommen wurden, noch weniger die Österreichische Schule der Nationalökonomie, welche zwar seit Mitte der siebziger Jahre in den USA eine Renaissance erlebt, ohne freilich vom *mainstream* zur Kenntnis genommen zu werden.

In jüngerer Zeit freilich scheint sich ein neuer theoretischer Ansatz zu etablieren, der alle die angeführten Unzulänglichkeiten nicht aufweist und sich auch schon zunehmender Akzeptanz in der etablierten Nationalökonomie erfreut, wie nicht nur die stets steigende Zahl von derartigen Aufsätzen in den sogenannten *core journals* beweist, sondern auch der Umstand, daß drei seiner Exponenten in den letzten Jahren den Nobelpreis erhielten.

Dabei reichen die Wurzeln dieser neuen Richtung relativ weit zurück, weil der Nobelpreisträger R. Coase seinen grundlegenden Artikel "The Nature of the Firm" bereits 1937 verfaßt hatte. Doch erst in den sechziger Jahren entstand unter seinem Einfluß der *Property-Rights*-Ansatz, zu dem sich parallel die *Public-Choice*-Schule gesellte. Anfang der achtziger Jahre entwickelte O. E. Williamson, auf Coase aufbauend, die Transaktionskostenökonomik und der Wirtschaftshistoriker

D. C. North die Neue Institutionenökonomie (NIE) in ihrer Anwendung auf die wirtschaftsgeschichtliche Forschung.

2. Die Vorläufer der Neuen Institutionenökonomie

Die zunehmende Bedeutung der NIE dokumentiert sich nicht nur in einer wachsenden Zahl von Aufsätzen in den Fachjournalen, sondern auch darin, daß immer mehr Bücher zu diesem Thema publiziert werden. Einen kompakten, jedoch sehr klaren Überblick über diese neuen theoretischen Ansätze vermittelt Feldmann. In seinem Bestreben, die NIE dogmenhistorisch einzuordnen, registriert er die Vernachlässigung der Institutionen nicht nur für die Neoklassik, sondern ebenso für den Keynesianismus. Ja, er leitet daraus dessen Scheitern ab. Weil Keynes keine ökonomische Theorie des Staates entwickelt habe, sei der von ihm erwartete Budgetausgleich über den Konjunkturzyklus nie eingetreten.

Im Gegensatz zur zeitgenössischen Wirtschaftstheorie hatten die früheren theoretischen Ansätze sehr wohl die Institutionen berücksichtigt. So gingen die Klassiker der Frage nach, "wie Institutionen entstehen, wie sich bestimmte Institutionen auswirken und wie institutionelle Rahmenbedingungen beschaffen sein müssen, damit freie Individuen ihre wirtschaftlichen Ziele verfolgen können und gleichzeitig das Wohl der Gemeinschaft gefördert wird" (S.19).

Zwar bildet das Eigeninteresse der Menschen das zentrale Axiom der Klassik, doch wird dort das menschliche Verhalten durch Institutionen kanalisiert. Unterschiedliche Institutionen führen daher zu unterschiedlichem Verhalten der Wirtschaftssubjekte. So betonte David Hume den Nutzen des Eigentums, weil damit die Unsicherheit des Besitzes überwunden und damit die Vermehrung der Güter gefördert wird. Adam Smith sah in der sittlichen Ordnung, aber auch in dem diese aufrechterhaltenden Rechtssystem eine Zügelung des Selbstinteresses und damit die Rahmenbedingungen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft geschaffen. Eine bedeutende Rolle im Denken Smiths kommt der Institution des Geldes zu. John Stuart Mill untersuchte die Rolle der Gewohnheit in der Preisbildung. Freilich traten diese Ansätze in der weiteren Entwicklung eher zurück.

Eine zentrale Position nahmen die Institutionen in der Historischen Schule ein. Wilhelm Roscher untersuchte in seinen Studien die Formen des Grundeigentums in der Landwirtschaft, das Geld- und Bankwesen sowie "Anstalten, die Armut zu verhüten" (Sparkassen, Leihhäuser, Konsumvereine und Versicherungen). Auch Gustav Schmoller räumte der Beschreibung von Institutionen in seinen Arbeiten breiten Raum ein. Adolph Wagner ging in der Analyse des Grundeigentums über die reine Deskription hinaus und strebte bereits eine theoretische Fundierung an.

Verstand sich die Historische Schule als Gegenbewegung zur Klassik, betrachtete sich der amerikanische Institutionalismus als solche zur Neoklassik. In seiner gesamtgesellschaftlichen, evolutionären und sozialpolitisch orientierten Wirtschaftsbetrachtung spielte die Untersuchung von Institutionen eine dominierende Rolle.

T. Veblen erachtete das neoklassische Verhaltensmodell als vollkommen wirklichkeitsfremd und sah die individuellen Verhaltensweisen durch Gewohnheiten, Traditionen und andere Institutionen bestimmt, welche sich aus der Vergangenheit herleiteten und durch den technischen Fortschritt geändert würden. J.R. Commons forderte statt der Analyse des Austausches materieller Güter eine solche von damit verbundenen Rechten.

Da auch diese Ansätze, wie Feldmann ausführt, nicht zu einem geschlossenen theoretischem Konzept führten, verloren sie schon ab Ende der dreißiger Jahre jeglichen Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften. Das gilt allerdings nicht im gleichen Maße für die Österreichische Schule, welche – wie schon gesagt – in den USA gerade in jüngerer Zeit eine Renaissance erlebt. Wiewohl die Österreichische Schule als eine Trägerin der marginalistischen Revolution betrachtet wird, spielten Institutionen in ihren Überlegungen eine zentrale Rolle.

Carl Menger kritisierte ihre theorielose Beschreibung durch die Historische Schule und meinte, daß sie sehr wohl einer theoretischen Analyse zugänglich sein müßten. Er unterschied zwei Arten von Institutionen; erstens solche, die intentional von den Menschen zu einem bestimmten Zweck geschaffen worden seien, also vor allem Gesetze. Diese bedürften keiner besonderen Erklärung. Und zweitens solche, die "das unreflektirte Ergebniss der auf die Erreichung wesentlicher individueller Zwecke gerichteten menschlichen Bestrebungen (die unbeabsichtigte Resultante dieser letzteren)" (1) seien. Dazu zählt Menger unter anderem die Sprache, die Religion, den Staat, die Märkte und das Geld. Diese wären sozusagen "organisch" entstanden.

Eugen von Böhm-Bawerk konzentrierte sich auf die unterschiedlichen Verfügungsrechte an den Nutzleistungen von Gütern. Die umfassendste Analyse der Institutionen lieferte jedoch Friedrich von Hayek. Er geht zunächst von der individuellen Wahrnehmung aus. Der Mensch ordne äußere Informationen einer "Landkarte" seiner Umwelt ein, die ihrerseits auf Grund laufender Wahrnehmungen korrigiert und ergänzt wird. Beides erfolge unbewußt.

Ein Beispiel sei das Sprachgefühl, ein anderes das Rechtsempfinden. Die immer weitere Ausdehnung des Denkens und Handelns nach unbewußten Regeln habe gleichwohl die Entwicklung der Zivilisation gefördert; die Routine, die dadurch ermöglicht worden sei, habe es erlaubt, immer neue Probleme aufzugreifen, deren Lösung wieder weitere Routine begünstigt habe (2).

Diese Institutionen und die durch sie bestimmten Verhaltensweisen hätten sich in der menschlichen Evolution deshalb durchgesetzt, weil sie effizient gewesen wären. In diesem Sinne hätten sich das Privateigentum, der Markt, aber auch Sitte, Moral und Recht entwickelt, welche letztere den Rahmen für die Freiheit und Betätigungsmöglichkeit des einzelnen bilden. Damit hat nach Meinung Feldmanns die Österreichische Schule einen bedeutenden Teil der NIE vorweggenommen, ist dieser sogar in manchen Bereichen noch voraus. Freilich biete sie auch noch kein voll ausgebautes theoretisches Gebäude, insbesondere mangle es ihr an einer Theorie der Evolution gesellschaftlicher Institutionen.

Nur am Rande berührt der Autor einen weiteren wesentlichen Kritikpunkt der Österreichischen Schule an der Neoklassik, nämlich die völlig andersartige Sicht des Tauschprozesses: Nicht nur verwirft sie die neoklassischen Verhaltensannahmen, sondern auch die statische – oder komparativ statische – Betrachtungsweise. Für die "*Austrians*" vollzieht sich der Tausch als dynamischer "Entdeckungsprozeß", nicht zuletzt deshalb, weil ja ansonsten Konkurrenz überhaupt nicht vorstellbar wäre (siehe zuletzt Fleetwood [1996]).

3. Die Ansätze der Neuen Institutionenökonomie

In der Folge geht der Autor auf die einzelnen Ansätze der Institutionenökonomie ein, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, wobei er die Mei-

nung vertritt, daß diese gleichfalls noch nicht zu einem geschlossenen Theoriegebäude geführt hätten. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist der methodologische Individualismus. Alle Ereignisse werden auf das Handeln einzelner Menschen zurückgeführt. Zwar wird weiterhin Nutzenmaximierung des Wirtschaftssubjektes unterstellt, doch die Nutzenfunktion gegenüber der traditionellen Neoklassik in Richtung Wohlergehen anderer, aber auch Prestige, Macht oder Muße geöffnet. (Letzteres vermochte der Rezensent den neoinstitutionalistischen Ansätzen nicht zu entnehmen, doch ist die Diskussion über die Verhaltensdeterminanten der Wirtschaftssubjekte noch im vollen Gange.)

Der "*Property-Rights*"-Ansatz beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Ausprägungen der Eigentumsnutzung und ihren ökonomischen Konsequenzen. Die "*Agency-Theorie*" behandelt das Verhältnis zwischen dem Prinzipal, der einem anderen, einem Agenten, Arbeit überträgt. Hier entstehen Probleme daraus, daß diese Wirtschaftssubjekte unterschiedliche Nutzenfunktionen kennen, wie etwa Aktionär und Vorstand.

Die "Transaktionskostenökonomik" beschäftigt sich mit den Kosten der "Nutzung des Marktes". Die "Verfassungsökonomik" geht auf die "*Public-Choice*"-Schule zurück, welche die neoklassische Mikroökonomik auf Bereiche jenseits des Marktes, insbesondere auf die Politik anwendet. Während diese jedoch ökonomisches Verhalten im Rahmen bestimmter Regeln untersucht, beschäftigt sich jene mit dem Zustandekommen dieser Regeln und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaftssubjekte. Die Vertreter dieser Schule gehen davon aus, daß der Staat aus einer freiwilligen Übereinkunft der Bürger entsteht, um ihr Eigentum zu sichern sowie öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen. Dazu werden Regeln über deren Bereitstellung und Finanzierung geschaffen. Entstehung und Änderung der Verfassung werden analog zum Marktaustausch gesehen, indem die Individuen einer Beschränkung ihres eigenen Handlungsspielraumes im Tausch dagegen einwilligen, daß jener der anderen Kollektivmitglieder eingeschränkt wird. Ein solcher Tausch ist für alle vorteilhaft.

Obwohl alle diese Ansätze unterschiedliche Probleme behandeln und diese auch unterschiedlich analysieren, ergänzen sie nach Meinung des Autors einander auch in mancher Hinsicht. Gemeinsam ist ihnen jedoch, daß sie eben Institutionen eine zentrale Rolle in der Bestimmung individueller Verhaltensweisen zuschreiben.

4. Gemeinsame Begriffe

Zwei Pioniere der NIE, E. Furubotn und – im deutschsprachigen Raum – R. Richter, haben es nun unternommen, die verschiedenen Ansätze dieser Schule zu einem Gesamtsystem zusammenzufassen, wobei sie zunächst die gemeinsamen Grundannahmen und -begriffe der NIE präzisieren. Sie gehen davon aus, daß Institutionen als ein auf ein Zielbündel gerichtetes System von Normen – einschließlich seiner Garantieinstrumente – das individuelle Verhalten in eine bestimmte Richtung lenken. Eine Organisation ist gleichfalls eine Institution, jedoch einschließlich der sie benützenden Individuen. Diese Verhaltenssteuerung ist deshalb relevant, weil sich – wie eine Unzahl empirischer Untersuchungen beweist (3) – die Wirtschaftssubjekte nicht vollkommen rational im Sinne der Neoklassik verhalten, sondern nur eingeschränkt, was an unvollständiger Information und Voraussicht sowie auch an asymmetrisch verteiltem Wissen liegt. Überdies entstehen – ebenfalls im Gegensatz zu den Annahmen der Neoklassik

– durch die Nutzung des Marktes (den Tausch) erhebliche Transaktionskosten.

“Unter institutionellen Aspekten läßt sich eine Wirtschaft beschreiben als aus einer Anzahl (vollkommen oder unvollkommen) rational handelnder Individuen bestehend sowie einer Menge elementarer Regeln oder Normen, die

- jedem Individuum bestimmte Verfügungsrechte zuteilen, und zwar sowohl an Sachen oder geistigen Werken als auch aus Vertrag oder von Gesetzes wegen und
- die Transaktionen dieser Rechte bzw. Verpflichtungen regeln...” (S. 43).

Nach Klärung dieser Grundbegriffe gehen die Autoren auf der einzelnen Problembereiche die NIE ein. Transaktionskosten entstehen nicht nur als Folge beschränkter Rationalität (*bounded rationality*) im Zuge des Tausches am Markt, sondern ebenso im Zusammenhang mit Verfügungs- und Vertragsrechten sowie deren Übertragung bis hin zur Schaffung und Instandhaltung von gesamtwirtschaftlichen Institutionen. Das Ausmaß solcher Kosten und die Schwierigkeit der Implementierung zweckentsprechender Institutionen läßt sich gegenwärtig an der Transformation der osteuropäischen Wirtschaften ablesen. Diese Transaktionskosten können eben durch die Existenz eines sinnvollen Institutionensystems, also durch Gesetze oder moralische Normen (*governance structure*), verringert werden. Die Gesamthöhe der Transaktionskosten belaufe sich nach verschiedenen Studien in den Industriestaaten auf bis zu 60% des BIP.

In der Welt des neoklassischen Tausches ist das Eigentum irrelevant. In der durch beschränkte Rationalität, asymmetrische Information und Transaktionskosten bestimmten Realität kommt ihm höchste Bedeutung zu. Zunächst dadurch, daß ein System der klaren Zuordnung von Eigentums- und Verfügungsrechten geeignet ist, die Transaktionskosten erheblich zu senken, weiters aber kommt dem Privateigentum eine wichtige Funktion für die Effizienz des Wirtschaftssystems zu.

Unter der Annahme zweckrationalen Verhaltens wird der private Eigentümer versuchen, aus seinem Verfügungsrecht den maximalen Ertrag zu erwirtschaften. Bleibt er damit ohne Erfolg, kann er dieses an ein anderes interessiertes Wirtschaftssubjekt übertragen, so daß durch diese beiden Elemente nicht nur eine optimale Nutzung der Ressourcen, sondern auch ihre entsprechende Allokation sichergestellt ist.

Freilich ist das Privateigentum nicht die einzige soziale Institution, die eine effiziente Mittelverwendung fördert. Bei hohen Ausschlußkosten kann Gemeineigentum vorzuziehen sein (z.B. Almen). In einem solchen Fall müßte allerdings der Zugang dazu geordnet und zahlenmäßig begrenzt sein, weil es sonst durch Übernutzung zur Fehlallokation der Ressourcen kommen kann.

Die NIE bezeichnet das Eigentum als “absolutes Verfügungsrecht”, daneben existiert jedoch das weite Feld der “relativen Verfügungsrechte”, welche nicht gegenüber jedermann, sondern nur gegenüber bestimmten Personen entstehen. Als solche werden vertragliche Beziehungen wie Kauf, Miete, Arbeitsverhältnis und Darlehen betrachtet. Hier entstehen erhebliche Transaktionskosten vor allem deshalb, weil derartige Verträge durch unkorrektes Verhalten der Vertragspartner – hier wurde der an sich im Deutschen unzutreffende Begriff “Opportunismus” aus dem Englischen übernommen – gefährdet werden können. Es müssen daher Maßnahmen durch Durchsetzung und Überwachung der Verträge auf individueller oder kollektiver Ebene getroffen werden. Diese Vorkehrungen verursachen erhebliche Kosten, die minimiert werden sollen.

Hiebei unterscheidet die NIE ein Vielzahl von Verträgen, welche von “klassi-

schen" solchen bis zu "Verhältnissen" (4) reichen. Erstere, die "vollständigen Verträge", sind umfassend und präzise definiert; "relationale Verträge" hingegen bieten oft nur einen Rahmen, wie etwa Arbeitsverträge. Gerade für die Einhaltung dieser spielen allgemeine Regeln und Konventionen eine große Rolle.

Manche dieser Verträge fanden in der ökonomischen Literatur besondere Beachtung, wie beispielsweise die Prinzipal-Agent-Beziehung. Darunter versteht man – wie schon dargelegt – das Verhältnis zwischen Auftraggeber und -nehmer, wie etwa zwischen Unternehmer und Beschäftigtem oder Aktionär und Vorstand. Hier wird angenommen, daß nach Vertragsabschluß asymmetrische Information entsteht, weil die Tätigkeit des Agenten nicht adäquat überwacht werden kann bzw. der Agent Informationen erlangt, welche dem Prinzipal verschlossen bleiben. Es entsteht "moralisches Risiko" für den Prinzipal.

In einem eigenen Kapitel präsentieren die Autoren für alle unterschiedliche Vertragstypen auch eine formale Darstellung, wobei sie in den Modellen die Differenzen zwischen Grenzkosten und Preisen nicht als Ergebnis monopolistischen Verhaltens, sondern als unvermeidliche Folge von Transaktionskosten erklären. Freilich liegt diesen Modellen weiterhin der homo oeconomicus mit der Annahme vollkommener Rationalität zugrunde. Die Annahme beschränkter Rationalität wurde fallengelassen, weil sie sich nicht befriedigend formalisieren ließ, so daß diese Modelle doch eher wieder eine Erweiterung jener des bilateralen Monopols darstellen.

5. Anwendungsgebiete

Wie und worauf lassen sich die beschriebenen analytischen Instrumente anwenden? Festzuhalten ist, daß im Mittelpunkt der NIE "... die Lösung des Problems der Koordination ökonomischer Transaktionen zwischen Einzelpersonen durch Vereinbarung steht." (S. 287) Die – relationalen – Verträge werden mittels Durchsetzungs- und Überwachungssystemen administriert. Die beiden Extremfälle sind Märkte und "Hierarchien". Das Problem der NIE besteht nach Auffassung der Autoren darin, festzustellen, welches institutionelle Arrangement im konkreten Fall ökonomisch vorzuziehen sei. Auf Mikroebene ist dafür das "institutionelle Arrangement" maßgeblich, auf Makroebene das "institutionelle Umfeld".

Diese Überlegungen lassen sich auf Wirtschaftssysteme, Märkte, Unternehmungen und auf den Staat anwenden: Die Marktwirtschaft auf Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln wird erst durch die Unverletzlichkeit dieses Eigentums ermöglicht. Ihre "konstitutionellen Regeln" bestehen im Verfügungsrecht des einzelnen, in der Übertragung dieser Verfügungsrechte im gegenseitigen Einvernehmen, dem Grundsatz der Vertragsfreiheit und in der Haftung für schuldhaftes Handeln infolge von Vertragsverletzung. Zu den allgemeinen "operationellen" Regeln gehören ethische Werte, Sprache und Schrift, Zahlensysteme, Maße und Gewichte, Zeit-, Rechen- und Tauscheinheiten (Geld). Die operationellen Regeln können sich durch Konventionen entwickeln oder durch geplantes öffentliches Kollektivhandeln entstehen – oder ausgebaut werden, wie etwa durch Schulen, Kommunikationsmittel, Verkehrs- oder Geldwesen.

Alle diese Regeln betreffen Transaktionen der Individuen vor, während und nach Vertragsabschluß. Erstere vollziehen sich im Rahmen unterschiedlicher Organisationen, wie Markt, Unternehmung oder Staat und betreffen Suche (Information), Vertragsabschluß, Erfüllung, Überwachung und Durchsetzung. Eine Organisation, also eine Personengruppe in Verfolgung gemeinsamer Ziele, kann als

ein Netzwerk relationaler Verträge zum Zwecke der Regelung von Transaktionen betrachtet werden. Ein charakteristisches Beispiel dafür bietet das Unternehmen, eine Organisation zur effizienten Gestaltung der Produktion. Fehlallokationen der Ressourcen (überhöhte Transaktionskosten) infolge Informationsasymmetrie, unvollkommener Voraussicht, eingeschränkter Rationalität und möglichen opportunistischen Verhaltens sollen durch Anordnungen oder entsprechende Anreize (*governance structure*) minimiert werden.

Jedoch ist auch der Markt nicht einfach "da". Er repräsentiert eine soziale Einrichtung sich wiederholenden Tausches zwischen einer Mehrheit von Marktteilnehmern. Persönliche Kontakte, soziale Beziehungen oder Kooperation spielen hierbei eine Rolle. Er kann als eine Organisation betrachtet werden, als ein Netzwerk relationaler Verträge zwischen den Marktteilnehmern zum Zwecke des effizienten Tausches, und die unterschiedlichsten Formen annehmen, vom Flohmarkt bis zur Börse.

Ebenso läßt sich der Staat als ein System relationaler Prinzipal-Agent-Beziehungen zwischen seinen Bürgern, als Prinzipale, und deren Vertretern, als Agenten, mit dem Ziel der Optimierung des allgemeinen Wohls durch geeignete Organisation der Anwendung von Zwang verstehen.

Alle diese Institutionen und Organisationen werden in den nächsten Kapiteln des Buches im Detail mit dem Instrumentarium der NIE analysiert. Dessen Brauchbarkeit erweist sich auch in der Untersuchung traditioneller Sowjetunternehmen, der jugoslawischen Selbstverwaltungsbetriebe sowie im Falle gesetzlicher oder privater Arbeitnehmermitbestimmung.

6. Eine theoretische Revolution?

Nach all den dargelegten Überlegungen stellt sich natürlich die Frage, welcher Stellenwert der NIE in der theoretischen Entwicklung zukommt. Richter und Furubotn weisen darauf hin, daß die frühen Ansätze sich nicht als vorsätzlichen Versuch verstanden, an die Stelle der herrschenden Neoklassik zu treten. Man war viel eher bestrebt, den Marginalismus auf neue Phänomene anzuwenden. Man war bemüht, den neoklassischen Ansatz um Verfügungsrechte und Institutionen zu erweitern. Und auch heute noch gibt es zahlreiche Anhänger dieses "erweiterten Ansatzes" – auch Feldmann zählt zu diesen. Dennoch meinen die beiden Autoren, daß die Fülle der realitätsnäheren Annahmen, beschränkte Rationalität, asymmetrische Information, Verfügungsrechte und Transaktionskosten es nicht mehr erlauben, den neoklassischen Ansatz aufrechtzuerhalten. "Im vorliegenden Buch wird die Ansicht vertreten, daß wir zu einer grundlegend anderen Art von Analyse übergehen müssen. Die Konturen dieses Ansatzes sind vorläufig erst undeutlich zu sehen, aber es gibt gute Gründe für die Annahme, daß ein Versuch, neoinstitutionalistische Phänomene in neoklassischer Manier zu behandeln, nur zu Inkonsequenz und Verwirrung führen kann" (S. 481). "Hybridmodelle" sind daher stets inkonsistent. Transaktionskosten können nicht gleichzeitig in einigen Bereichen der Wirtschaft positiv und in anderen Null sein.

Abschließend unternehmen Richter und Furubotn den Versuch, ein neues Paradigma zu formulieren. Sie gehen davon aus, daß sich die wirtschaftliche Koordination in einem bestimmten "institutionellen Umfeld", also einer "Verfassung" abspielt, das wieder eine Fülle "institutioneller Arrangements" bietet. Den Wirtschaftssubjekten sind die verfügbaren Optionen in unterschiedlichem Maße

bekannt; sie können Ressourcen aufwenden, um ihren Informationsstand zu verbessern. Da sich die wirtschaftliche Situation des einzelnen jedoch ständig verändert, sind abermals Mittel dafür einzusetzen, um die neuen Informationen zu erhalten.

Auch die Präferenzordnung der Wirtschaftssubjekte wird durch ihren – beschränkten – Informationsstand bestimmt. Da sie für zusätzliche Informationen Ressourcen aufwenden müßten, werden sie sich auch mit dieser Situation abfinden. Weil sie die Zukunft nicht kennen, wird das Neuauftauchen von Gütern ihre Präferenzordnung ändern, und zwar auch kurzfristig. Daraus folgern die Autoren, daß das "Pareto-Kriterium nicht ein Instrument ist, das zur Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen sinnvoll herangezogen werden kann" (S.504). Damit fällt aber auch die neoklassische Effizienzvorstellung, also die Optimierung unter Nebenbedingungen.

Natürlich stellt sich die Frage, was an die Stelle der neoklassischen Effizienz- bzw. Gleichgewichtsvorstellung zu treten hätte. Dazu meinen die Autoren: "Unter diesen Umständen würde eine Wirtschaft dann als effizient gelten, wenn sie tendenziell die Produzenten mit hohen Kosten eliminiert, die Ressourcen in Richtungen lenkt, die die Konsumenten wünschen, Innovation bei Produkten und Technologien fördert, eine annehmbare Einkommensverteilung schafft, insgesamt die Vollbeschäftigung erhält usw." (S.505). Die Autoren betonen, daß die Weiterentwicklung der NIE eine gewaltige Aufgabe sei, man jedoch nicht an der Tatsache vorbeigehen könne, daß die Neoklassik unfähig wäre, die Realität zu beschreiben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Richter und Furubotn mit dieser Arbeit ein großer Wurf gelungen ist. Sie haben nicht nur eine fundierte Darstellung des gegenwärtigen Standes der NIE vermittelt, sondern eine tragfähige Basis für die zukünftige Forschung geschaffen. Die Arbeit präsentiert sich in bewunderswerter Klarheit, welche in hohem Maße auf die Übersetzung Monika Streißlers zurückgeht, die gerade auf diesem Fachgebiet schon manches, darunter Bücher von D. C. North, ins Deutsche übertragen hat. Richter verfaßte auch schon 1994 ein UTB-Taschenbuch ("Institutionen ökonomisch analysiert"), das seine Überlegungen in komprimierter Fassung enthält und worin er die Anwendung der NIE auf Geld und Währung ausdehnt.

Lassen sich aus der gegenwärtigen Debatte, wie sie sich in den besprochenen Büchern widerspiegelt, Schlußfolgerungen ziehen? Grundsätzlich ist den Autoren wohl darin zuzustimmen, daß sich die zeitgenössische Nationalökonomie immer mehr in einer Sackgasse festgerannt hat. Stets steigender mathematischer Aufwand führt zu nichts, wenn die fundamentalen Annahmen falsch sind. Und das dem so ist, beweist, wie schon gesagt, eine Überfülle ökonomischer und psychologischer Studien. Die Basis des ökonomischen Raisonnements ist unbrauchbar. Dazu kommt noch, daß die Neoklassik auch bei größtem Wohlwollen in bestimmten Bereichen überhaupt keine brauchbaren analytischen Instrumente zur Verfügung stellt, so beispielsweise zur Erklärung des Wirtschaftswachstums, insbesondere der Industrialisierung oder der Entwicklungsunterschiede.

Und gerade von dort her läßt sich die Bedeutung der NIE positiv herleiten. Denn nun steht den Forschern ein Instrumentarium zur Verfügung, daß eine Fülle plausibler Erklärungshypothesen zuläßt. Das läßt sich nicht nur daraus erschließen, daß Studien mit diesem theoretischen Ansatz zu überzeugenden Resultaten führten, sondern deshalb, weil eine große Zahl von Autoren, die sich mit Wirtschaftswachstum oder -entwicklung beschäftigten, schon früher eben jene

Kriterien als wesentlich erachteten, die zentraler Gegenstand der NIE sind. Ansätze finden sich schon bei Gerschenkron (1962) und Kuznets (1966), in jüngerer Zeit vor allem aber bei Jones (1981) und Rosenberg/Birdzell (1986), wenn diese Autoren die Frage zu beantworten versuchen, warum die Industrielle Revolution von Europa ausgegangen sei, ebenso aber bei Maddison (1995) mit seinen Studien über die langfristige internationale Wirtschaftsentwicklung und bei Abramovitz (1986), wenn er den Begriff "*social capability*" für den Nachholeffekt prägt. North als einer der Väter dieser neuen theoretischen Richtung hat solche Überlegungen zu einem geschlossenen System verarbeitet.

Die kritischen Bemerkungen zur Arbeit von Richter und Furubotn tragen marginalen Charakter. Für den Geschmack des Rezensenten wird der Prinzipal-Agent-Beziehung im Buch zu großer Raum gewährt. Deren verhaltenstheoretische Basis scheint gerade unter dem Gesichtspunkt der NIE doch recht problematisch:

"Arguments of this type slip away from all empirical evidence and could, at best, be defended as constructs. It has been amply demonstrated empirically that people do obey authority even without sanctions and even if they dislike very strongly performing the task they were ordered to do. This effect is produced by situative factors alone." (5)

Auch wird nicht recht klar, warum die Autoren die historische Wachstumsanalyse Norths praktisch auslassen, die ja – wie schon gesagt – zu den geschlossensten Teilen der NIE gehört. Ebenso hätte es sich wahrscheinlich empfohlen, zumindest kurz auf einige konkrete Anwendungsbeispiele der neuen Methode einzugehen, weil damit die Verständlichkeit gefördert worden wäre. Derartige Studien finden sich ja im Journal of Institutional and Theoretical Economics (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft), die von den Verfassern herausgegeben wird. Ebenso gilt das für die Korporatismusforschung, die sich vom politologischen und soziologischen Bereich nunmehr viel stärker in den ökonomischen verlagert, und zwar unter expliziter Verwendung des Instrumentariums der NIE (6).

Angesichts aller dieser Überlegungen scheint es nicht ganz abwegig, von einer theoretischen Revolution zu sprechen. Natürlich präsentiert sich die NIE noch nicht als vollkommen geschlossenes, ausformuliertes theoretisches System. Auch bleiben manche Fragen noch offen, wie etwa nach den Ursachen des institutionellen Wandels. Doch sind hier offensichtlich eine Fülle von Ökonomen in verschiedenen Sachbereichen tätig, die zu weitgehend übereinstimmenden Resultaten gelangen, welche jetzt allmählich zu einem zusammenhängenden theoretischen System entwickelt werden. In manchen Anwendungsbereichen, wie in der Wachstumsforschung, haben sie die Neoklassik bereits vollständig verdrängt.

Im übrigen scheint es ja gar nicht zwingend notwendig, in einander ausschließenden Alternativen zu denken. Es ist durchaus vorstellbar, für verschiedene Problembereiche unterschiedliche analytische Ansätze zu verwenden. So kann für die Allokation der Ressourcen das neoklassische Instrumentarium weiterhin befriedigende Ergebnisse vermitteln. Es wird nur die Dominanz der Neoklassik zu Ende gehen – zum Wohle der Nationalökonomie!

Felix Butschek

Anmerkungen

(1) Menger (1883) 145.

(2) Hayek (1945) 117.

(3) Conlisk (1996).

(4) Böhm-Bawerk (1881) 103.

(5) Schlicht (1990) 714; siehe auch Lindenberg (1992) 134.

(6) Henley, Tsakalotos (1993); Butschek (1995).

Literatur

Abramovitz, M., Catching up, forging ahead, and falling behind, in: *Journal of Economic History* 2 (1986).

Böhm-Bawerk, E., *Rechte und Verhältnisse vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Güterlehre* (Innsbruck 1881).

Butschek, F., Sozialpartnerschaft aus der Sicht der Neuen Institutionenökonomie, in: *WIFO-Monatsberichte* 10 (1995).

Coase, R.H., The Nature of the Firm, in: *Economica* 4 (1937).

Conlisk, J., Why Bounded Rationality?, in: *Journal of Economic Literature* 2 (1996).

Fleetwood, St., Order without equilibrium: a critical realist interpretation of Hayek's notion of spontaneous order, in: *Cambridge Journal of Economics* 20 (1996).

Gerschenkron, A., *Economic Back-wardness in Perspective* (Cambridge, Mass. 1962).

Hayek, F.A., The Use of Knowledge in Society, *American Economic Review* 35 (1945).

Henley, A.; Tsakalotos, E., *Corporatism and Economic Performance* (Aldershot 1993).

Jones, E.L., *The European Miracle* (Cambridge 1981).

Kuznets, S., *Modern Economic Growth* (New Haven, London 1966).

Lindenberg, S., An Extended Theory of Institutions and Contractual Disciplin, in: *JITE* 1 (1992).

Maddison, A., *Explaining the Economic Performance of Nations* (Aldershot 1995).

Menger, C., *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der politischen Oekonomie insbesondere* (1883, Neuauflage Tübingen 1969).

Rosenberg, N.; Birdzell, L.E. Jr., *How the West Grew Rich* (New York 1986).

Schlicht, E., Rationality, Bounded or not, and institutional analysis, in: *JITE* 4 (1990).